

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 9

Artikel: Sicherheitspolitik und Nichtregierungsorganisationen

Autor: Schilling, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-730692>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik und Nichtregierungsorganisationen

Wer vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen die Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Staaten Europas bewerten will, wird bei der Betrachtung der Entscheidungsprozesse sehr bald auf das machtvolle Wirken der zumeist an der Ideologie der «politischen Korrektheit» orientierten Medien und auf den erheblichen Einfluss mancher Nichtregierungsorganisationen (NGO) stoßen.

Walter Schilling

Gab es in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts noch eine recht offene Diskussion über sicherheitspolitische Themen, etwa über die zweckmässige Organisation der Verteidigung oder den Sinn der NATO-Strategie, so finden heute sachlich orientierte Debatten über wichtige sicherheitspolitische Fragen und die angemessenen Antworten darauf in den demokratischen Ländern Europas kaum statt. In der Regel wird die Entscheidung über den Kurs der Sicherheitspolitik nach den Massstäben der Opportunität von der jeweiligen nationalen Regierung getroffen und konsequent verteidigt. Dabei fällt auf, dass die in jüngster Zeit in wichtigen Bereichen eingeschlagene Politik immer häufiger als «alternativlos» erklärt und selbst dann noch daran festgehalten wird, wenn die getroffenen Entscheidungen schwerwiegende Probleme nach sich ziehen.

Mit Blick auf die Formulierung der Sicherheitspolitik europäischer Länder ist es nicht nur ein beachtenswertes Phänomen, wenn zahlreiche Vertreter der Medien versuchen, die notwendigen Entscheidungsprozesse nach den Kriterien der «politischen Korrektheit» zu begleiten und die Meinungsbildung der Bürgerschaft im Vorhinein festzulegen. Erst recht hat man seit vielen Jahren den enormen Machtzuwachs einiger Nichtregierungsorganisationen beobach-

ten können, die mit ihrem Verhalten die in den Verfassungen der europäischen Länder verankerten Regeln des politischen Handelns der demokratisch legitinierten Staatsorgane unterlaufen.

Probleme für eine realitätsbezogene Sicherheitspolitik

Im Zusammenhang mit der Formulierung der Sicherheitspolitik demokratischer Staaten erscheint es besonders bedenklich, wenn sich die Entscheidungsträger den oft fragwürdigen Vorstellungen und radikalen Forderungen mancher Organisationen beugen. Die Vertreter der in vielen Bereichen agierenden Organisationen leiten aus ihrem gelegentlich sogar moralisch überhöhten Anspruch nicht nur ab, dass sie selbst ausserhalb des Streits

ethisch akzeptabel sind, welche Waffensysteme verwendet und in welcher Weise Soldaten eingesetzt werden dürfen. Gegen die politische Durchschlagskraft mancher Vorstellungen und Forderungen der Nichtregierungsorganisationen gibt es bislang keine hinreichende Sicherung. Selbst die Rechtsprechung entzieht sich in diesem Bereich nicht selten ihrer Verantwortung und passt sich allzu leichtfertig dem von den Medien zumeist noch verstärkten Denken und Handeln führender Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen an.

Sachliche Gegebenheiten als Grenze

Wir können das Phänomen beobachten, dass sich in den demokratischen Staaten Europas einige Gruppen und Organisationen herausgebildet haben, die ihre Forderungen mit gewaltamen Aktionen durchzusetzen suchen und dennoch allzu viel Duldung erfahren. Sie verhalten sich regelmässig – von Protestaktionen gegen die Atommüll-Transporte, gegen die Frankfurter Börse und die Gipfeltreffen führender Politiker (z.B. die G-7- und G-20-Treffen) bis zu den Gewaltaktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte – in einer Weise, als stehe ihnen das Recht auf Nötigung, auf Sachbeschädigung und auf Strassenkampf zu.

Sicherlich kann man die von dem deutschen Philosophen Jürgen Habennas schon vor Jahrzehnten herausgestellte Bedeutung der «deliberativen Demokratie» und des entsprechenden Engagements der Bürger für das Gemeinwesen unterstreichen. Viele Nichtregierungsorganisationen leisten auch wichtige Beiträge zur Vertiefung der Demokratie. Doch scheint es mit Blick auf die politische Entwicklung in den demokratischen Ländern Europas ebenso wich-



Während der von Frontex geführten Operation Triton im südlichen Mittelmeer rettet das irische Flaggschiff LÉ Eithne Menschen von einem überfüllten Boot.

Bilder: Wikicommons

über die Akzeptanz politischer Entscheidungen stehen. Sie massen sich zum Beispiel im militärischen Bereich der Sicherheitspolitik auch an zu bestimmen, welche Mittel und Methoden der Technik

tig zu sein, dass man nicht Mass und Mitte verliert, sondern den sachlichen Gegebenheiten in der modernen Welt die notwendige Anerkennung zollt.

Immerhin sollte klar sein, dass sich die politischen Entscheidungsträger in den demokratischen Ländern Europas an den tatsächlichen Herausforderungen orientieren müssen, wenn sie etwa auf dem Felde der Sicherheitspolitik Vorsorge treffen wollen. Gleichwohl können wir in der Praxis sehr häufig beobachten, wie druckempfindlich die politischen Entscheidungsträger gegenüber lautstark auftretenden Nichtregierungsorganisationen sind, die nur ihre eigene Auffassung gelten lassen und mit allen Mitteln durchzusetzen suchen. So mussten wir in den letzten Jahren die Erfahrung machen, dass es auch dank des enormen Einflusses mancher Nichtregierungsorganisationen und deren Unterstützung durch die Medien nicht möglich war, eine kohärente Politik zur Sicherheit der Energieversorgung Europas zu betreiben. Der eingeschlagene deutsche Sonderweg in diesem Bereich stellt nicht nur einen wichtigen Teil der Sicherheit Deutschlands in Frage. Er hat auch erhebliche negative Auswirkungen auf die Energiesicherheit der Partnerländer in Europa und konfrontiert diese mit Problemen, die sie ohne das deutsche Handeln nicht hätten.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Sicherheit Europas müssen wir zur Kenntnis nehmen, wie einige von den Medien unkritisch begleitete Organisationen mit allen Mitteln versuchen, die für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit so bedeutsamen internationalen Handelsabkommen zu verhindern. Angesichts der enormen – und noch steigenden – internationalen Konkurrenz brauchen wir Europäer jedoch eine globale Handelsordnung, die klaren Regeln unterliegt und insbesondere die zahlreichen Mittelstandsunternehmen gegenüber grossen Konzernen schützt.

Widerstand gegen neue Militärtechnik

Die für die Sicherheit Europas so wichtige transatlantische Verankerung wird auch durch den Widerstand zahlreicher Nichtregierungsorganisationen gegen manche Massnahmen im Rahmen der modernen Verteidigung gefährdet. Dieser Widerstand findet seinen Ausdruck vor allem darin, dass zahlreiche Gruppen versuchen, die Verwendung neuer Mili-



Anti-Castor-Demonstration in Gorleben 2010.

tärtechnik oder den Einsatz der Streitkräfte in militärischen Konflikten überhaupt zu verhindern. Dabei zeigen manche Gruppen insbesondere bei dem Einsatz moderner Kampfdrohnen in den aktuellen Konflikten nicht nur eine ausgeprägte Militanz. Sie bemühen sich auch mit der absurd Argumentation, der Einsatz dieser Mittel sei völkerrechtswidrig und verletze zudem die Menschenrechte, bereits die Einführung solcher Waffensysteme – etwa durch die Streitkräfte einiger NATO-Länder – zu verhindern.

Wenngleich man argumentieren könnte, dass etwa im Rahmen der NATO nicht alle Partnerstaaten über diese modernen Waffensysteme verfügen müssen, so birgt der Widerstand der in diesem speziellen Bereich engagierten Nichtregierungsorganisationen gegen die neue Militärtechnik doch einige Risiken. Schliesslich versu-

chen diese Gruppen nicht nur eine gewisse Definitionsmacht zu erlangen, die weit über den jeweiligen nationalen Kontext hinausgehen kann. Sie machen es über ihre in der Regel internationale Verankerung und Vernetzung auch für die Regierungen mancher NATO-Staaten schwieriger, entsprechend ihrer nationalen Interessen zu handeln und die modernen Waffensysteme dort einzusetzen, wo sie benötigt werden.

Kritischer Blick auf die Hilfe für Migranten

Seit dem Sommer 2015 können wir das sicherheitspolitisch problematische Denken und Handeln der Nichtregierungsorganisationen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise in Europa verfolgen. Einige Nichtregierungsorganisationen ignorieren dabei die Bedeutung von Staatsgrenzen und der Zugangskontrolle für die Sicherheit der Bürger und letztlich für den Bestand des Gemeinwesens. Sie erzwingen nicht nur diffuse Debatten in einzelnen Ländern und geben manchmal sogar völlig falsche Signale an die Migranten aus aller Welt. Dank ihrer beachtlichen

H.E. Pekka Haavisto, Minister for International Development of the Ministry for Foreign Affairs in Finland at the first World NGO Day, Helsinki, Finland in 2014.



**Wir forschen für die sichere Entsorgung
radioaktiver Abfälle**

**Kostenlose Führungen
für Interessierte
in den Felslabors
Grimsel (BE) und
Mont Terri (JU)**

nagra

Nationale Genossenschaft
für die Lagerung
radioaktiver Abfälle

Hardstrasse 73
5430 Wettingen
Postfach 280
Telefon 056 437 11 11
www.nagra.ch
info@nagra.ch

**Deine Füsse
werden sich
dankbar zeigen ...**

Pluspunkte:

- Widerstandsfähig
- Plüschnpolsterung
- Weicher Abschlussrand
- Abriebfestigkeit
- Gute Isolation
- Komfortabel
- Keine Fussblasen

Produkt-Name army/working
Art.-Nr. 40.030/2 auf
www.rohner-socks.com

Rohner
advanced socks®

Jacob Rohner
SINCE 1930

EAGLE Familie

swiss made

Höchster Schutz und beste Mobilität für ein breites Einsatzspektrum

4x4 6x6

Defense Solutions for the Future

GENERAL DYNAMICS
European Land Systems–Mowag

innenpolitischen Macht und ihrer Förderung durch die Medien tragen diese Gruppen auch zu verzögerten oder gar falschen politischen Entscheidungen bei. Nicht zuletzt gelingt es besonders aktiven Nichtregierungsorganisationen immer wieder, die zahlreichen nach Europa strebenden Migranten im Sinne ihrer Ideologie der weltweit offenen Grenzen zu instrumentalisieren und die konkrete Politik vor allem europäischer Staaten zu kritikieren. Dabei erscheint es höchst problematisch, dass diese Nichtregierungsorganisationen nahezu regelmässig von Journalisten flankiert werden, die das Geschehen mit ihren Bildern unkritisch transportieren, aber nicht bedenken, dass sie mit ihrem Tun weder den betroffenen Menschen helfen, noch den berechtigten Anliegen der Bürger in Europa dienen.

«Tatsache ist, dass die Zahl der von den Nichtregierungsorganisationen (NGO) geretteten Migranten erheblich zugenommen hat.»

In neuester Zeit wird das Handeln spezifischer Nichtregierungsorganisationen im Zuge der Rettung zahlreicher Flüchtlinge aus dem Mittelmeer sichtbar. Dieses Handeln drückt sich nicht nur darin aus, dass man versucht, die in grosse Bedrängnis und Gefahr geratenen Menschen vor dem sicheren Tode zu bewahren. De facto führen die betreffenden Nichtregierungsorganisationen jedoch die letzte Phase des von den kriminellen Schleppern eingeleiteten Transports der Migranten nach Europa aus. Sie zeigen dabei wenig Bereitschaft, die Finanzquellen für ihr spezifisches Engagement offen zu legen und mit den Sicherheitsbehörden der europäischen Länder zusammenzuarbeiten, um den Schleppern das Geschäft abzugrabern und letztlich das Sicherheitsproblem in den Griff zu bekommen.

Der Trend geht vielmehr in eine ganz andere Richtung. Tatsache ist, dass die Zahl der von den Nichtregierungsorganisationen geretteten Migranten erheblich zugenommen hat. So sind 28 Prozent aller seit Anfang 2017 im Mittelmeer geretteten Migranten von NGO-Schiffen nach Europa gebracht worden. Im Jahre 2015 lag diese Zahl bei zwölf Prozent. Dies

zeigt, dass sich die Aktivität der Nichtregierungsorganisationen im Mittelmeer deutlich verstärkt hat und die von der Europäischen Union getroffenen sicherheitspolitischen Massnahmen ins Leere laufen. Es dürfte vor diesem Hintergrund letztlich doch notwendig sein, die mit Hilfe der seit einiger Zeit von den westlichen Geheimdiensten an der Küste Nordafrikas eingesetzten Drohnen und der Telefonüberwachung gesammelten Erkenntnisse über das dortige Geschehen konsequent zu nutzen und konkrete Massnahmen zur Beendigung der problematischen Verhältnisse zu ergreifen.

Perspektiven

Wer eine realitätsbezogene und den tatsächlichen Herausforderungen angemessene Sicherheitspolitik betreiben will, wird nicht umhin können, auf die Durchsetzung der in den Verfassungen der europäischen Länder niedergelegten Regeln der freiheitlichen Demokratie zu dringen. Wenn wir es hinnehmen, dass die Verstöße machtvoller und stets handlungsbereiter Nichtregierungsorganisationen gegen die Verfassungen und die Gesetze ungeahndet bleiben und statt dessen die Tendenz beibehalten wird, sich den Vorstellungen und Forderungen dieser Organisationen anzupassen, dürfte es künftig noch schwieriger werden, eine realitätsorientierte Sicherheitspolitik zu betreiben und die Funktionalität der demokratischen Staaten zu gewährleisten. Die Geschichte lehrt, dass jene Staaten, die sich bei der Sorge um die Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben selbst einschränken und stattdessen einzelnen Organisationen das Feld überlassen, ihre Pflichten nicht optimal wahrnehmen können. Es gilt also, insbesondere bei der Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik und den Antworten auf neue Herausforderungen die Initiative zu ergreifen, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und bei den in einem demokratischen Gemeinwesen notwendigen Debatten eine aktive Rolle einzunehmen, die es letztlich erlaubt, das Gesetz des Handelns entsprechend den Interessen der Bürger zu bestimmen. ■



Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)

Aus dem Bundeshaus

Wie ist die militärische Ausgangslage vor der Herbstsession 2017 der Eidgenössischen Räte, und welche Wissensgrundlagen sind unvermeidbare Pflichtlektüre?



Rechtliche Basisdokumente sind die Bundesverfassung (SR 101) mit ihren «Wehrartikeln» sowie insbesondere das revisede Militärgesetz (SR 510.10) und die «Verordnung über die Strukturen der Armee» (SR 513.11), in Kraft per 1. Januar 2018. In der «Botschaft zur Legislaturplanung 2015–2019» vom 27. Januar 2016 mit Legislaturfinanzplan (16.016; 136 S.) und zum Teil im dazugehörigen Bundesbeschluss steht «Ziel 15: Die Schweiz kennt die inneren und äusseren Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente, um diesen wirksam entgegenzutreten. [...] Die sicherheitspolitischen Instrumente sind derart auszugestalten, dass die Reaktionsfähigkeit auf eintretende Ereignisse – auch solche, die nicht vorhersehbar sind – jederzeit gewährleistet ist.» An sicherheits- und militärischen sowie finanziellen und wehrtechnischen Grundlagen bestehen der Bericht des Bundesrates «Die Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 24. August 2016 (16.061; 125 S.) und die Armeebotschaft 2017 vom 22. Februar 2017 (17.027; 60 S.), enthaltend die Bundesbeschluss-Entwürfe über das Rüstungsprogramm 2017, die Rahmenkredite für Armeematerial 2017 und das Immobilienprogramm VBS 2017. Der Nationalrat wird voraussichtlich während der Herbstsession den Sicherheitspolitischen Bericht beraten und der Ständerat die Armeebotschaft – beide als Zweitrat.

Stand Luftverteidigung: siehe in den drei letzten Ausgaben an dieser Stelle sowie den «Sachplan Militär 2017» (Entwurf vom 30. September 2016; 76 S.) mit dem Abschnitt «Militärflugplätze! Zu erwähnen ist schliesslich «Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend» (ETH Zürich; 310 S.) mit dem Fazit pessimistischer Einschätzung der weltpolitischen Lage bei hoher Zustimmung zur Armee.

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE